

An den Senator für Stadtentwicklung,
Bauen und Wohnen von Berlin Andreas Geisel und
an die Vorstände der sechs landeseigenen Wohnungsbauunternehmen Berlins



Sehr geehrter Herr Senator Geisel, sehr geehrte Vorstände der landeseigenen Wohnungsbauunternehmen Berlins,

wir, die im Netzwerk Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung verbundenen Anwohner- und Mieterinitiativen, fordern Sie nachdrücklich auf, endlich eine konsequente Wende hin zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Wohnungsneubaupolitik in Berlin zu gestalten.

Das soziale Wohnen hat viele und komplex verbundene Faktoren. Die Anzahl der Wohnungen ist nur einer. Daneben gibt es viele andere, wie: Mietpreise, Wohnungsgrößen, Barrierefreiheit, gesunde Lebensverhältnisse, Grünflächen, soziale Begegnungsflächen, Klimaresilienz, soziale Infrastruktur, Lage in der Stadt u.v.m.

Im Land Berlin besteht seit 2019 die vom Senat ausgerufene Klimanotlage. Der Sommer 2022 hat wieder gezeigt: Das Klima wird auch in Mitteleuropa immer heißer. Temperaturen bis 35 Grad werden zum Normalfall, Regen fällt seltener, der Wasserhaushalt wird kritisch. Die Menschen stöhnen unter der Hitze. Die Daten bestätigen: Dieser Sommer war einer der heißesten, trockensten und sonnenscheinreichsten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.

Bei der Anpassung der Stadt an den Klimawandel werden grüne Höfe als ein wichtiger, zentraler Faktor beschrieben. Dennoch mussten wir in den vergangenen Jahren eine Wohnungsbaupolitik erleben, die sich nur auf die Quantität von zu schaffenden Wohneinheiten konzentriert und dabei sogar in gigantischem Umfang begrünte Höfe, Grünflächen, Spielplätze, soziale Begegnungsflächen und damit gesunde Lebensbedingungen zerstört und der Klimaresilienz der Stadt entgegen wirkt.

Offenbar unterliegen Sie politischen und finanziellen Zwängen, die dazu führen, dass Sie diese vielen Aspekte des Stadtlebens ausblenden oder ganz hinten anstellen. Ihre Bauplanungen sind meist viel zu massiv, wo mit Augenmaß allenfalls eine behutsame ergänzende Bebauung akzeptabel wäre. Ihre Kosten–Nutzen-Betrachtung hat eng nur betriebswirtschaftliche Parameter wie Mieteinnahmen, Fördermittel, Bau- und Finanzierungskosten im Blick. Werte wie Lebensqualität, Gesundheit, Stadtnatur, Artenvielfalt und Klimaschutz kommen in Ihrer Kalkulation nicht vor. Dabei verursacht der notwendige Erhalt dieser Werte ebenfalls Kosten in erheblichen Größenordnung.

Gerade Sie, Herr Senator und Vorstände der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften (LWU), haben eine herausgehobene Verantwortung für die zukunftsfähige, gesunde und klimaresiliente Qualität des Städte- und Wohnungsbaus in Berlin. Nehmen Sie diese Verantwortung wahr und vollziehen Sie endlich eine Abkehr von der Tonnenideologie, die in einem rein quantitativen Mehr an Wohnungen einen Weg zur Lösung des sozialen Wohnungsproblems sieht.

Wir fordern Sie auf, endlich mit uns in einen echten Dialog zu treten.

Sie tun die Bürgerinitiativen, die Ihr Vorgehen kritisieren, oftmals als borniert und egoistisch ab und stellen sich selbst als Hüter des Gemeininteresses und der Interessen von Wohnungssuchenden dar. Das empfinden wir als anmaßend. Sind wir nicht Berlin? Wie kommen Sie dazu, uns abzusprechen, dass wir – ebenso wie sie - auch zukünftige Generationen und Wohnungssuchende im Blick haben?

Auch wir sind vernunftbegabte Berlinerinnen und Berliner, die das Wohl des Gemeinwesens erkennen und durch Handeln befördern können und wollen. Auch wir haben Kinder und Enkel, Freunde und Verwandte in dieser Stadt, die Wohnungssuchende sind oder wir sind es sogar selbst.

Vor wenigen Monaten, anlässlich des Tages der Städtebauförderung Berlin 2022 hatten Sie, Herr Senator Geisel, erklärt:

„Resiliente Städte stellen die Menschen in den Mittelpunkt. Ihr Wohl ist die Richtschnur unseres Handelns. Denn eine Stadt ist nur so stark wie ihre Bewohner.“

Wir nehmen Sie beim Wort und fordern: Handeln Sie endlich nach dieser Maxime. Sprechen Sie mit den Menschen. Lassen Sie eine Partizipation zu, die dieses Wort auch verdient, und nutzen Sie endlich die Stärke und das Wissen der Bewohner!

Der Senat hat den LWU Leitlinien für die Partizipation bei Neubauvorhaben auferlegt. Abgesehen davon, dass diese erheblich verbesserungsbedürftig sind, werden sie nicht einmal umgesetzt. Die LWU diktieren die sogenannte Stufe unserer Mitwirkungsmöglichkeit selbst und fast ausschließlich auf dem aller niedrigsten Level der „Information“.

Wir sind auch Teil des kommunalen Eigentümers. Wo bleibt unsere Stimme?

Sehr geehrter Senator Geisel, sehr geehrte Vorstände der LWU, wir fordern Sie auf:
Reden Sie endlich mit uns, diskutieren Sie mit uns auf Augenhöhe die Probleme der Verdichtung bestehender, gut geplanter und gut gebauter, lebenswerter Wohnanlagen, die unser aller Vermögen und Zukunft sind.

Angesichts der dramatischen Zuspitzung der Klimanotlage muss jetzt radikal anders gedacht, anders geplant und anders gebaut werden. Wir können das Wohnen und Leben in der Stadt Berlin den sich verändernden Klimabedingungen weitsichtig anpassen - das ist unsere gemeinsame Verantwortung.

Deshalb fordert das Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung mit allem Nachdruck:

- 1. Schluss mit dem Abholzen der grünen Innenhöfe! Kein Schreddern der Höfe in der kommenden Fällsaison! Erlass eines Moratoriums durch den Senat!**
- 2. Ausschöpfen aller anderen Möglichkeiten der Schaffung von günstigem Wohnraum, bevor weitere Flächen versiegelt werden!**
- 3. Prüfung aller Neubaupläne auf deren Klimatauglichkeit!**
- 4. Für Bürgerinnen und Bürger muss es eine echte Partizipation geben!**

Wir fordern sie nachdrücklich auf, mit uns gemeinsam alle Bauvorhaben der LWU auf den Prüfstand zu stellen, ob sie diesen Anforderungen für das Heute und die nahe Zukunft gerecht werden.

Wir laden Sie zur Diskussion ein und erwarten zeitnah Ihre Antwort, damit wir mit der Vorbereitung und der Formatabsprache beginnen können.

Berlin, den 27. 09. 2022

Mit freundlichen Grüßen,
im Namen des Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung,

Freya Beheshti
Britta Krehl
Axel Matthies

Das Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung vereint derzeit 30 Bürgerinitiativen, die sich in ganz Berlin mit Nachverdichtung und Versiegelung konfrontiert sehen und für eine nachhaltige Stadtentwicklung eintreten. Mehr unter www.nachhaltigestadtentwicklung.berlin